



Die Krisis

Bülow, Bernhard W. von
Berlin, 1922

3. Englands Stellungnahme zum austro - serbischen Konflikt

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73645](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73645)

noch nicht förmliche Erklärung namens der französischen Regierung über Modus der Einwirkung geben, da er zunächst mit abwesendem Ministerpräsidenten ins Benehmen treten müsse... (Deutsche Dokumente Nr. 235.)

Diese günstige Aufnahme verwandelte sich jedoch nachträglich in ihr Gegenteil. Der Schritt des deutschen Botschafters ist, ebenso wie der vom 24. Juli, im französischen Gelbbuch (Nr. 56 und besonders Nr. 57, 61, 62) entstellt wiedergegeben und verdächtigt worden. Die französische Regierung gab vor, der deutsche Vorschlag gemeinsamer Tätigkeit zur Erhaltung des Friedens sei ein Versuch, Frankreich einzuschüchtern (Russisches Orangebuch Nr. 29), Frankreich und Rußland zu veruneinigen und Rußland dadurch bloßzustellen, daß die französische Regierung zu Vorstellungen in Petersburg verleitet würde (Russisches Orangebuch Nr. 35).

In Petersburg hatten die deutschen Mahnungen anscheinend Erfolg. Sasonow versicherte den deutschen Botschafter seiner Friedensliebe:

Minister bat mich, Euerer Exzellenz für beide Mitteilungen, die einen sehr guten Eindruck machten, zu danken und dabei zu versichern, daß der Appell an unsere altbewährten guten Beziehungen warmen Widerhall bei ihm findet und ihn tief rührt. Euere Exzellenz könnten versichert sein, daß Rußland das Vertrauen in seine Friedensliebe nicht täuschen werde. Er sei bereit, in seinem Entgegenkommen gegen Österreich bis zur Grenze zu gehen und alle Mittel zu erschöpfen, um Krisis friedlicher Lösung entgegenzuführen (Deutsche Dokumente Nr. 282).

Die russischen Kriegsvorbereitungen wurden aber, wie sich bald herausstellen sollte, unverändert fortgesetzt. Am 27. und 28. Juli liefen zahlreiche Meldungen über Mobilmachungsmaßnahmen in allen Teilen Rußlands ein. Sogar in Kowno wurde der Kriegszustand erklärt (Deutsche Dokumente Nr. 264).

3. Englands Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt

Die englische Regierung faßte von vornherein die Möglichkeit ins Auge, daß ein Konflikt der Mächte aus dem österreichisch-serbischen Streit hervorgehen könne. Während sie sich auf den Standpunkt stellte, sich in den letzteren nicht einmischen zu wollen, machte sie frühzeitig Vorschläge, um die Gefahr einer Ausdehnung dieses Konfliktes zu vermindern und für den Fall einer österreichisch-russischen Spannung eine Vermittlung der Mächte herbeizuführen. Am 24. Juli erklärte Grey, wenn das Wiener Ultimatum zu keinem Zwist zwischen Österreich-Ungarn und Rußland führe, so habe er nichts damit zu tun. Für den anderen Fall aber regte er an, daß eine Vermittlung der vier Mächte Deutschland, England, Frankreich und Italien im Sinne einer Mäßigung zugleich in Wien und Petersburg stattfinden solle. Grey bat ferner, im Sinne einer Fristverlängerung in Wien vorstellig zu werden, d. h. um Ein-

wirkung auf Österreich-Ungarn, daß es seine militärischen Maßnahmen gegen Serbien nicht überstürze, damit Zeit gewonnen werde (Deutsche Dokumente Nr. 157, Englisches Blaubuch Nr. 11). Dieser Doppelvorschlag lag am 25. Juli in Berlin vor. Er wurde unverzüglich nach Wien weitergegeben (Deutsche Dokumente Nr. 171) und zugleich Lichnowsky mitgeteilt, daß der Vorschlag auf Fristverlängerung wenig Aussicht auf Annahme habe (Deutsche Dokumente Nr. 164). Der Vorschlag einer Vermittlung der vier Mächte zwischen Wien und Petersburg wurde deutscherseits angenommen. Jagow erklärte sofort dem englischen Geschäftsträger, „wenn die Beziehungen zwischen Österreich und Rußland drohend würden, sei er durchaus bereit, auf Greys Vorschlag der Zusammenarbeit der vier Mächte zugunsten von Mäßigung in Wien und Petersburg einzugehen“. (Englisches Blaubuch Nr. 18.)

Eine Antwort aus Wien erfolgte nicht. Unabhängig von diesen englischen Vorschlägen ließ jedoch die österreichisch-ungarische Regierung am 24. Juli in London erklären, sie beabsichtige nicht, sofort nach Ablauf des Ultimatums militärisch einzugreifen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 13, Englisches Blaubuch Nr. 14). Damit war bereits dem zweiten Teil des Vorschlages Greys Rechnung getragen (vgl. Deutsche Dokumente Nr. 180). Eine englische Demarche in Wien im Sinne der Deutschen Dokumente Nr. 157, Englisches Blaubuch Nr. 11 ist anscheinend nicht erfolgt.

Am 25. Juli erweiterte Grey in Weisungen nach Petersburg, Berlin und Wien seinen Vermittlungsvorschlag dahin, daß die vier Mächte, wenn es zu einer Mobilmachung der russischen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte käme, gemeinsam Rußland und Österreich-Ungarn bitten sollten, die Grenze nicht zu überschreiten, und den Mächten Zeit zu geben, zwischen ihnen zu vermitteln (Englisches Blaubuch Nr. 24, 25, 26, Russisches Orangebuch Nr. 22). Diesen erweiterten Vorschlag teilte er ebenfalls Lichnowsky mit (Deutsche Dokumente Nr. 180). Die deutsche Regierung antwortete hierauf am gleichen Tage, sie sei, falls ein österreichisch-russischer Streit entstehen sollte, bereit, vorbehaltlich ihrer bekannten Bündnispflichten, zwischen Österreich und Rußland mit den anderen Großmächten zusammen eine Vermittlung eintreten zu lassen (Deutsche Dokumente Nr. 192). Die Annahme dieser beiden Vermittlungsvorschläge seitens der deutschen Regierung bedeutete ein größeres Entgegenkommen, weil hierin eine ausgesprochene Rücksichtnahme auf Rußlands Sonderstellung in Bezug auf Serbien und seine besonderen Balkaninteressen lag. Sie bildete ferner die Grundlage für eine gemeinsame deutsch-englische Tätigkeit im Sinne der Erhaltung des europäischen Friedens.

Am 25. Juli trat Grey mit einer weiteren Anregung hervor: Deutschland möge auf Wien einwirken, damit die (weder in London noch in Berlin bekannte) serbische Antwort als befriedigend angesehen werde (Deutsche Dokumente Nr. 186). Die Minister unternahmen diesen Schritt auf Grund eines Telegramms des englischen Geschäftsträgers in Belgrad vom gleichen Tage (Englisches Blaubuch Nr. 21, Deutsche Dokumente Nr. 191a), das, wie sich herausstellen sollte, den Inhalt der serbischen Note wenig zutreffend wiedergab. Auch diese Anregung wurde noch in der Nacht zum 26. Juli von Berlin nach Wien weitergegeben, war jedoch von den Ereignissen überholt, als sie dort eintraf.

Auf diesen Vorschlag muß sich die Äußerung Jagows gemäß dem Telegramm Szögyenys vom 27. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 68) beziehen:

So sei bereits gestern die englische Regierung durch den deutschen Botschafter in London und direkt durch ihren hiesigen Vertreter an ihn, Staatssekretär, herangetreten, um ihn zu veranlassen, den Wunsch Englands betreffs unserer Milderung der Note an Serbien zu unterstützen. Er, Jagow, habe darauf geantwortet, er wolle wohl Sir E. Greys Wunsch erfüllen, Englands Begehren an Euer Exzellenz weiterzuleiten, er selbst könne dasselbe aber nicht unterstützen, da der serbische Konflikt eine Prestigefrage der österreichisch-ungarischen Monarchie sei, an der auch Deutschland partizipiere.

Er, Staatssekretär, habe daher die Note Sir E. Greys an Herrn von Tschirschky weitergegeben, ohne ihm aber Auftrag zu erteilen, dieselbe Euer Exzellenz vorzulegen; darauf hätte er dann dem englischen Kabinett Mitteilung machen können, daß er den englischen Wunsch nicht direkt ablehne, sondern sogar nach Wien weitergegeben habe.

Bekanntlich hat der englische Geschäftsträger auf Grund des Telegramms Greys vom 25. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 27, die Annahme der serbischen Antwort betreffend) einen Schritt beim Auswärtigen Amt unternommen, über dessen Erfolg sein Telegramm vom 26. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 34) berichtet. Die Art der Weitergabe der englischen Anregung nach Wien läßt sich aus der Anmerkung zu Nr. 186 der Deutschen Dokumente nicht erkennen. Aus dem Österreichischen Rotbuch 1919 (II, Nr. 57) geht aber hervor, daß der deutsche Botschafter in Wien den Wunsch Greys dort zur Sprache gebracht hat. Worin also die von Szögyeny gemeldete Irreführung Englands bestehen soll, ist nicht ersichtlich.

Der 26. Juli war ein Sonntag, und infolgedessen „niemand im Foreign Office zu sprechen“ (Deutsche Dokumente Nr. 218). Trotzdem fand an diesem Tage ein völliger Umschwung der Haltung der englischen Regierung, d. h. Greys, statt. Was an diesem Tage in London vor sich ging, wird wohl ewig Geheimnis bleiben. Bezeichnend ist, daß das englische Blaubuch kein Telegramm nach Petersburg, und außer Nr. 36, den Vorschlag einer Botschafterkonferenz, der weiter unten zu behandeln ist, nur ein Telegramm (Nr. 37) nach Paris wiedergibt, das um Antwort auf den Vorschlag

einer Vermittlung der vier Mächte bittet. Auch nach Rom (Nr. 36 ausgenommen) und nach Wien gingen angeblich keine Telegramme von Bedeutung. In irgend einer Form ist aber der englische Vorschlag vom 26. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 36) auch nach Petersburg mitgeteilt worden (siehe Englisches Blaubuch Nr. 53 und Russisches Orangebuch Nr. 32). Die Weisung an Buchanan ist jedoch niemals veröffentlicht worden. Oman, der englische Offiziosus, täuscht über die Lücken des Blaubuches und den Umschwung vom 26. Juli dadurch hinweg, daß er bei der Erörterung der englischen Vorschläge die verschiedenen Daten absichtlich durcheinander wirft.

Wir besitzen aber einen russischen Situationsbericht aus London von diesem Tage. In dem Bericht Benckendorffs vom 26. Juli heißt es:

Sir E. Grey hört nicht auf, mir zu wiederholen, daß seine nach Berlin gerichteten Erklärungen dort auf keinen Fall gestatten, auf die Neutralität Englands im Falle eines Krieges zu rechnen. Lichnowsky war in der Tat sehr verwirrt, aber das kommt daher, weil es ihm weh tat, daß es zum Kriege kommt. Ich bin gar nicht sicher, daß er die Worte Greys so verstanden hat, wie Grey es wünschte. Das wiederhole ich Grey daher täglich und in den verschiedensten Tonarten. Er versteckt sich hinter der Hoffnung auf Verhandlungen. Mir gelingt es nicht, ihn vorwärts zu bringen.

Zum Unglück ist Cambon nicht hier, er wird erst Dienstag morgen zurückkommen. Ich habe ihn gebeten, seine Rückkehr zu beschleunigen. Ich hege die Besorgnis, daß Grey seiner öffentlichen Meinung nicht ganz sicher ist und befürchtet, daß man ihn nicht unterstützen werde, wenn er zu früh hervortritt. Sie haben, glaube ich, Buchanan gesagt, daß die ganze englische Presse, die „Times“ ausgenommen, nichts taue. Das ist nicht ganz richtig. „Evening Post“ und andere Regierungsblätter gehen weiter. „Westminster Gazette“ verwandelt sich allmählich. Die Radikalen revoltieren aus anderen Gründen offen gegen das Kabinett und tun alles mögliche, um die serbische Frage der allgemeinen Teilnahme zu entziehen. Es muß aber hinzugefügt werden, daß in diesem Lager nicht ein Wort laut wird, das unsere Haltung tadelte oder gegen den Dreiverband als solchen gerichtet wäre. Übrigens, von da bis zum Kriege ist es noch weit. Hieraus entsteht alles Zaudern, so scheint mir wenigstens. Ganz England ist vollständig von Ulster in Anspruch genommen und fängt kaum an, zu erwachen. Seit gestern fängt es an, zu begreifen, daß der Krieg möglich ist; seit gestern beunruhigt es sich erst darüber. Daß auch England in den Krieg hineingezogen werden könnte, das kann die langsame englische Einbildungskraft noch nicht fassen. Das ist alles sehr traurig, aber es ist so. Es ist klar, daß man im englischen Auswärtigen Amt weiter sieht, an anderen Stellen jedoch nicht. Es will mir nicht gelingen, Grey die Maske abzunehmen. Ich kann Ihnen nicht versprechen, daß mir dies gelingen wird. Ihre Stellung ist prächtig. Die Zurückhaltung in Ihren Ausdrücken und die Vorsicht, mit der Sie das Ziel Ihrer zukünftigen Handlungen vorbereiten, sind wunderbar. Es ist nötig, unumgänglich notwendig für Sie, sich die englische Mitarbeiterschaft zu sichern. Wenn sie auch spät kommen wird, so wird sie doch unausbleiblich kommen. Ich wiederhole jedoch: England ist noch nicht erwacht. Es ist leicht möglich, daß Grey darunter nicht weniger leidet als wir; das hilft uns jedoch wenig.

Es ist wahr, daß Österreich, wie man sagt, nicht auf einmal den Krieg beginnen wird. Vorläufig besteht noch ein kleiner Hoffnungsstrahl. Was

die Rolle Deutschlands anbetrifft, so erscheint mir dieselbe in dunklerem Lichte als allen übrigen. Und darauf stütze ich mich eben hier: England fürchtet sich nicht so vor dem Vorrang Österreichs auf der Balkanhalbinsel, wie vor dem Vorrang Deutschlands in der Welt. (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 28. 8. 1919.)

Am 27. Juli telegraphierte Benckendorff dagegen:

Die Sprache Greys ist seit heute viel klarer und merkbar fester als bisher. Er rechnet sehr auf den Eindruck, der durch die bei der Flotte veranlaßten, heute veröffentlichten und Sonnabend (25. Juli) abend beschlossenen Maßnahmen hervorgerufen wurde. Das gestern eingetroffene Telegramm Buchanans machte anscheinend einen sehr nützlichen Eindruck. Jedenfalls hat die Zuversicht Berlins und Wiens in bezug auf die Neutralität Englands keinen Grund mehr. (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919.)

Das Telegramm Buchanans, das den „sehr nützlichen Eindruck“ hervorrief, fehlt im englischen Blaubuch!

Der Umschwung in der Haltung der englischen Regierung machte sich sofort in den diplomatischen Verhandlungen bemerkbar. Während sie bisher erklärt hatte, sich in den österreichisch-serbischen Zwist nicht hineinmischen zu wollen, schlug sie nunmehr eine Botschafterkonferenz in London zur Lösung der österreichisch-serbischen Frage vor. Die erste Nachricht von diesem Vorschlag Greys gelangte am 27. Juli in dem wenig klaren Telegramm Lichnowskys (Deutsche Dokumente Nr. 236) nach Berlin. Seine Annahme hätte die Aufgabe der Lokalisierungs-politik bedeutet. Die deutsche Regierung lehnte es ab, die Schwenkung Englands mitzumachen, und erklärte, daß sich ihre Vermittler-tätigkeit auf die Gefahr eines österreichisch-russischen Konfliktes beschränken müsse: es sei ihr nicht möglich, ihren Bundesgenossen in seinen Auseinandersetzungen mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen (Deutsche Dokumente Nr. 248). Der englische Botschafter, der ebenfalls noch am 27. Juli auf Grund von Greys Weisung (Englisches Blaubuch Nr. 36) den Konferenzvorschlag vertrat (Deutsche Dokumente Nr. 304), erhielt von Jagow einen analogen Bescheid (Englisches Blaubuch Nr. 43).

Das Verfahren einer Botschafterkonferenz wäre überhaupt nur mit Einwilligung der meist interessierten Parteien anwendbar gewesen. Österreich-Ungarn hat es abgelehnt, diesen Weg zu beschreiten (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 81), da „dieser Vorschlag an und für sich nicht geeignet war, die Interessen der Monarchiesicherzustellen“. (Österreichisch-ungarisches Rotbuch 1914, Einleitung.) Rußland erklärte sich zwar mit diesem Vorschlage im Prinzip einverstanden, zog aber den Weg direkter Besprechungen mit Wien vor, den auch die deutsche Regierung als den besten ansah (Russisches Orangebuch Nr. 32, Englisches Blaubuch Nr. 53, Deutsche Dokumente Nr. 248). Die russische Antwort bedeutete eine Ablehnung des Konferenzvorschlages. Es ist bezeichnend, daß

das Telegramm Buchanans über den ihm von Sasonow erteilten Bescheid im englischen Blaubuch fehlt, beziehungsweise bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen ist, falls Nr. 45 das betreffende Dokument darstellen sollte. Die Ablehnung wird darin sicherlich viel klarer als in dem russischen Telegramm zum Ausdruck gekommen sein. Im übrigen meldete der französische Botschafter am 29. Juli; „er sei nunmehr in der Lage, versichern zu können, daß sich die russische Regierung jedem Vorgehen anschließe, das Frankreich und England zur Erhaltung des Friedens vorschlagen würden“. (Französisches Gelbbuch Nr. 86.) Zunächst hatte Rußland dies also abgelehnt.

In seinen Erinnerungen (a. a. O., S. 256) gibt Paléologue freilich seinem Telegramm vom 29. Juli einen ganz anderen Sinn und legt ihm eine sehr viel größere Bedeutung bei. Er behauptet, Sasonow die Zusicherung abgerungen zu haben, daß er im voraus jeden beliebigen Vorschlag annehme, den die französische und englische Regierung (künftig) im Interesse des Friedens machen würden. Diese Darstellung verdient jedoch keinen Glauben. Einmal steht sie auf derselben Tagebuchseite, die eine von A bis Z frei erfundene Unterredung mit Pourtalès wiedergibt. Sodann läßt der Wortlaut des französischen Gelbbuches diese Auslegung nicht zu. Ein so ungeheuer weitgehendes Versprechen Sasonows wäre vom Botschafter in seinem Telegramm gebührend unterstrichen worden. Schließlich berichtet er, der englische Botschafter habe der Regierung in London eine entsprechende Meldung erstattet. Buchanan berichtet aber nur, Sasonow sei bereit, in jeder von Frankreich und England gebilligten Form zu verhandeln. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als die Annahme des am 26. Juli ergangenen Vorschlages einer Botschafterkonferenz — am 29. Juli! Auf diese kam Sasonow selbst zurück, nachdem die direkten Besprechungen, die er bis dahin bevorzugt hatte, nach seiner Auffassung gescheitert waren. Nach dem Wortlaut des englischen Blaubuches (Nr. 78), das die Unterredung ausführlich wiedergibt, kann sich die Einwilligung Sasonows auf nichts anderes als auf die Botschafterkonferenz oder ein analoges Verfahren beziehen. Würde die Lesart richtig sein, die Paléologue nachträglich erfunden hat, so wäre die Verantwortung noch größer, die auf die Regierungen in Paris und London fällt. Sie hätten ja nur vorzuschlagen brauchen, die allgemeine Mobilmachung in Rußland zu unterlassen, und der Weltkrieg wäre verhindert worden.

Für die deutsche Regierung lag am 27. Juli noch weniger Grund vor, sich für diesen englischen Vorschlag einzusetzen. Da Italien politisch auf der Seite Serbiens stand, hätte sich Deutschland bei der Konferenz der Majorität der drei anderen Konferenzteilnehmer gegenüber befunden. Hiervon aber abgesehen konnten die Erfahrungen der Londoner Botschafterkonferenz während der Balkan-

kriege, wo man sich in den von allen Beteiligten als qualvoll empfundenen endlosen Verhandlungen in Wochen, ja Monaten nicht über ein einziges Dorf einigen konnte, unmöglich zu einer Wiederholung dieses Verfahrens ermutigen. Wie aus dem Telegramm Sasonows nach London und Paris vom 12. Februar 1914 — Nr. 252 — bekannt ist, wollte Grey selbst von derartigen Konferenzen damals nichts mehr wissen (vgl. v. Siebert, S. 805). Die Verhandlungen hätten sich auch in diesem Falle zweifellos lange hingezogen, während gleichzeitig die militärischen Vorbereitungen Rußlands, die bereits am 25. Juli begonnen hatten, ihren raschen Fortgang nahmen. Das hätte schließlich zu Gegenmaßnahmen der Mittelmächte führen müssen, und es wäre eine nervöse Atmosphäre geschaffen worden, die einen friedlichen Ausgang schwerlich gefördert hätte. Gerade aus dieser Erwägung heraus, aus der Sorge vor einer Europäisierung des Konfliktes, ist das Bestreben der deutschen Regierung vom ersten Augenblick darauf gerichtet gewesen, die Auseinandersetzung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zunächst auf diese beiden Staaten zu beschränken und, falls dies nicht gelang, wenn Rußland sich nicht bewegen ließ, auf eine Einmischung in die Streitfrage zu verzichten, dann wenigstens zu verhindern, daß der Konflikt sich zu einer Machtfrage zwischen den beiden Gruppen auswachse, in die Europa geteilt war (Deutsche Dokumente Nr. 279, 314). Dieser Gefahr konnte nach Ansicht der deutschen Regierung am zweckmäßigsten durch einen direkten Ausgleich zwischen Österreich-Ungarn und Rußland begegnet werden, da diese beiden Mächte als nächstbeteiligte am ehesten in der Lage waren, eine befriedigende Lösung zu finden, viel leichter jedenfalls und viel schneller, als die Vertreter der vier nicht unmittelbar beteiligten Mächte in London.

Von gegnerischer Seite ist der deutschen Regierung aus der Ablehnung des Londoner Konferenzvorschlages ein besonderer Vorwurf gemacht worden, und es ist behauptet worden, damit sei die einzige Möglichkeit, den europäischen Frieden zu erhalten, verabsäumt worden. Diese Darstellung, die dem wahren Sachverhalt nicht Rechnung trägt, begründet sich lediglich mit der Tatsache, daß dies der einzige der zahlreichen englischen Vorschläge gewesen ist, den die deutsche Regierung nicht annahm. Grey hat sich den deutschen Bedenken gegen den Konferenzvorschlag nicht verschlossen. Er stellte ihn selbst zu Gunsten der inzwischen eingeleiteten direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg zurück (Englisches Blaubuch Nr. 67, 68). Auch der französische Botschafter in Berlin vertrat den Standpunkt, daß eine formelle Konferenz unnötig, und daß ein gemeinsames Vorgehen der vier Mächte in Wien und Petersburg, dem Deutschland zugestimmt hatte, sich auf dem üblichen diplomatischen Wege ausführen ließe (Französisches Gelbbuch Nr. 73). Desgleichen äußerten

die Botschafter der Verbandsmächte in Wien sogleich Zweifel an der Durchführbarkeit des Konferenzvorschlages (Englisches Blaubuch Nr. 40).

An diesen Konferenzvorschlag knüpft das machiavellistische Telegramm Szögyenys vom 27. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 68) an. Die Unterredung mit Jagow fand offenbar zwischen dem Eingang des Telegramms Lichnowskys (Deutsche Dokumente Nr. 236) und der Demarche des englischen Botschafters (Deutsche Dokumente Nr. 304, Englisches Blaubuch Nr. 43) statt:

Staatssekretär erklärte mir in streng vertraulicher Form sehr entschieden, daß in der nächsten Zeit eventuell Vermittlungsvorschläge Englands durch die deutsche Regierung zur Kenntnis Euer Exzellenz gebracht würden.

Die deutsche Regierung versicherte auf das bündigste, daß sie sich in keiner Weise mit den Vorschlägen identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berücksichtigung sei und dieselben, nur um der englischen Bitte Rechnung zu tragen, weitergebe.

Sie gehe dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß es von der größten Bedeutung sei, daß England im jetzigen Moment nicht gemeinsame Sache mit Rußland und Frankreich mache. Daher müsse alles vermieden werden, daß der bisher gut funktionierende Draht zwischen Deutschland und England abgebrochen werde. Würde nun Deutschland Sir E. Grey glatt erklären, daß es seine Wünsche an Österreich-Ungarn, von denen England glaubt, daß sie durch Vermittlung Deutschlands eher Berücksichtigung bei uns finden, nicht weitergeben will, so würde eben dieser vorerwähnte, unbedingt zu vermeidende Zustand eintreten.

Die deutsche Regierung würde übrigens bei jedem einzelnen derartigen Verlangen Englands in Wien demselben auf das ausdrücklichste erklären, daß es in keiner Weise derartige Interventionsverlangen Österreich-Ungarn gegenüber unterstütze und nur, um Wunsch Englands zu entsprechen, dieselben weitergebe.

Die Mehrzahl — Vorschläge — ist natürlich Unsinn. Kein Politiker wird zu Anregungen bindend Stellung nehmen, die er überhaupt noch nicht kennt. Jagow hat offensichtlich nur von der Botschafterkonferenz gesprochen, die Nicolson und Tyrrell gegenüber Lichnowsky erwähnt hatten, die aber noch nicht offiziell angeregt worden war. Was die weitere Behandlung dieses englischen Vorschlags anlangt, so ist seine Weitergabe von Berlin nach Wien deutscherseits überhaupt nicht erfolgt. Darum hat London auch niemals gebeten. Der englischen Regierung ist auch die Berliner Stellungnahme klipp und klar mitgeteilt worden (Deutsche Dokumente Nr. 248, Englisches Blaubuch Nr. 43). Jagow kam es anscheinend darauf an, daß Österreich-Ungarn nicht durch Eingehen auf den englischen Vorschlag einer Botschafterkonferenz Deutschland in die schwierige Lage bringe, den Strauß in London allein durchzufechten und Forderungen zu vertreten, die es selbst nicht völlig billigte. Wie Lichnowsky damals (im Gegensatz zu 1916) über diese Möglichkeit dachte, geht aus seinem Telegramm vom 30. Juli 1914 (Deutsche Dokumente Nr. 418) hervor, in dem es heißt:

Halte Berlin für geeigneter als London zur Vermittlung einer Einigung zwischen Wien und Petersburg, da Sir E. Grey weniger mit ganzer Frage vertraut, auch weniger Einfluß in Wien besitzt, und ich langwierige Verhandlungen hier voraussehe, namentlich falls Botschafterkonferenz stattfinden sollte. Graf Mensdorff auch zu ängstlich und ohne Einfluß in Wien oder eigene Initiative.

4. Frankreichs Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt

Die Haltung der französischen Diplomaten gegenüber dem heraufziehenden austro-serbischen Konflikt ist in der Zeit vor Überreichung der österreichisch-ungarischen Note durchweg parteiisch serbenfreundlich gewesen. Schon am 2. Juli wußte Dumaine aus Wien zu berichten, daß die Untersuchung, die Österreich-Ungarn von Serbien fordern möchte, Bedingungen enthalten werde, die für die Würde Serbiens unerträglich seien (Französisches Gelbbuch Nr. 8). Als Paléologue am 6. Juli aus Petersburg meldete, Sasonow habe erklärt, es sei unzulässig, daß Österreich-Ungarn den Anstiftern des Mordes von Sarajevo auf serbischem Gebiet nachspüre, und Österreich-Ungarn gewarnt, sich auf diesen Weg zu begeben, fügte er hinzu: „Möge diese Warnung nicht vergeblich sein“. (Französisches Gelbbuch Nr. 10.)

Andererseits erklärte aber Poincaré am 4. Juli, er sei überzeugt, „die serbische Regierung werde bei der gerichtlichen Untersuchung und der Verfolgung eventueller Mitschuldiger das größte Entgegenkommen zeigen. Einer solchen Pflicht könne sich kein Staat entziehen“. (Österr.-ungar. Rotbuch 1914, Nr. 4.) Auch Dumaine sah noch am 22. Juli Österreich-Ungarns Forderungen wegen der Bestrafung des Attentates und gewisser Garantien für die Überwachung und die Polizeiaufsicht als „für die Würde Serbiens nicht unannehmbar“ an (Französisches Gelbbuch Nr. 18).

Unmittelbar nach dem Mord in Sarajevo war die französische Regierung in ähnlicher Weise beunruhigt wie die englische: Auch in Paris kannte man, vielleicht noch besser als in London, die russischen Versprechungen an Serbien. Der Gesandte Vestnitsch hat über ein Gespräch berichtet, das er am 1. Juli mit dem Ministerpräsidenten hatte, den das „Ereignis“ von Sarajevo „ziemlich beunruhigt“ hatte. Er meldet, Viviani habe „den Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen, daß bei uns (in Serbien) die Kaltblütigkeit und die Würde aufrecht bleiben mögen, um Wien nicht Gründe zu neuen Anschuldigungen zu geben“. (Serbisches Blaubuch Nr. 13.) In Paris war man also auf Verwicklungen gefaßt und empfahl den Serben anständiges Benehmen.

Der Pariser Regierung wurde jedoch ihre Haltung im austro-serbischen Konflikt durch ein Telegramm des Ministerpräsidenten und Ministers des Äußern Viviani vorgezeichnet, das dieser ohne